



**Wahlen 2009:
Aufschlussreiche Resultate einer
Umfrage des Mouvement
Ecologique bei den politischen
Parteien**

Wahlen 2009: Aufschlussreiche Resultate einer Umfrage des Mouvement Ecologique bei den politischen Parteien

Im Vorfeld der Nationalwahlen führte der Mouvement Ecologique eine Umfrage zu wesentlichen Fragestellungen aus Sicht der Ökologie / der nachhaltigen Entwicklung bei den politischen Parteien durch. Die Resultate sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert.

Von einer breiten Zustimmung zur nachhaltigen Entwicklung ...

Es gibt parteiübergreifend eine bemerkenswerte Zustimmung zu einer Reihe von grundlegenden Zielen einer nachhaltigen Entwicklung. So äußerten sich die politischen Parteien übereinstimmend zu folgenden Forderungen des Mouvement Ecologique:

- Aufwertung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung

Es besteht Einigkeit, dass der Stellenwert des **Planes für eine nachhaltige Entwicklung** erhöht und entsprechend auch im Koalitionsabkommen als Verpflichtung für die gesamte Regierung übernommen werden muss. Ebenso positiv ist zu werten, dass alle Parteien für eine **Aufwertung der Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung** eintreten und diese als «Referenzwerte» bei politischen Entscheidungen sehen.

Der Mouvement Ecologique begrüsst zudem die Tatsache, dass sich alle Parteien für eine **«Awareness-Kampagne» zur nachhaltigen Entwicklung bzw. zum nachhaltigen Konsum** aussprechen.

- Ja zu einem Umweltgesetzbuch

Gleichfalls Unterstützung findet eine langjährige Forderung des Mouvement Ecologique, dass Luxemburg ein „Umweltschutzgesetzbuch“ benötigt. Dies zur Erhöhung der Harmonisierung und der Transparenz im Bereich des Umweltrechtes, zur Aktualisierung veralteteter Gesetzgebungen usw. Ein derartiges Umweltgesetzbuch wäre sicherlich ein wesentlicher Schritt auch in Sachen «réforme administrative», aber ebenso aus ökologischer Sicht

- **Ja zum präventiven Umweltschutz und zu einem verstärkten Bodenschutz**

Sicherlich positiv zu werten ist ebenfalls, dass alle Parteien den präventiven Umweltschutz stärken wollen, dies u.a. mittels Lärmreduktionsplänen, weitgehenderen Luftreinhalteplänen, Maßnahmen zur Bekämpfung der Lichtverschmutzung u.a.m.

Als Fortschritt zu werten ist in den Augen des Mouvement Ecologique zudem, dass nach jahrelangen Debatten alle Parteien für ein Gesetz zum Schutz des Bodens eintreten.

- **Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie: Neel mat Käpp maachen**

Wichtig ist aber auch, dass Konsens über die Notwendigkeit der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie besteht und ein Aktionsplan zur Umsetzung erstellt werden soll.

- **Positive Einstellung zur Gesundheitsprävention**

Von Bedeutung ist darüber hinaus, dass alle Parteien für den Ausbau der Gesundheitsprävention eintreten, mittels eines **Aktionsplans «Gesundheitsförderung und -prävention»**, einen **Maßnahmenplan «Umwelt und Gesundheit»** sowie den **Ausbau der „Umweltambulanz“**.

- **Akzente im Sinne des Naturschutzes**

Ein parteiübergreifender Konsens besteht darin, dass der nationale Aktionsplan Naturschutz vorangetrieben sowie die Natura 2000-Gebiete konsequent ausgewiesen werden sollen.

... über ein gewisses Befremden betreffend eine Reihe von Zusagen

Der Mouvement Ecologique begrüsst, dass eine ganze Reihe weiterer zentraler Ideen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung von den Parteien positiv gewertet werden. Dabei ist jedoch befremdend, dass zahlreiche Ideen, die nun auch die Unterstützung der aktuellen Mehrheitsparteien finden, seit langem z.T. recht problemlos hätten umgesetzt werden können. Die Frage ist deshalb durchaus legitim, warum so manche Forderung Zustimmung findet ... aber seit Jahren einer Umsetzung harrt.

- **Ausbau der erneuerbaren Energien und des Energiesparens**

Einigkeit besteht innerhalb der Parteien darin, dass die **Potenzialanalyse zu den erneuerbaren Energien** zügig und mittels einem zeitlich gestaffelten Aktionsplan umgesetzt werden soll, ebenso wie jener betreffend die **Ressourcen- und Energieeffizienz**. Positiv ist auch, dass eine regelrechte **Marktoffensive für die energieeffiziente und umweltschonende Renovierung von Altbauten** sowie den **Bau von Niedrig- und Passivhäusern** die Zustimmung aller Parteien erfährt.

Auch der Konsens, dass die **Energieberatung flächendeckend** ausgebaut und die **Rolle der Gemeinden im Energiebereich** als Akteur anerkannt werden soll (z.B. dass sie als Wirtschaftsakteure aktiv werden sollen, die Möglichkeit erhalten sollen im Rahmen von Bebauungsplänen Vorgaben zu machen)..., ist äußerst positiv zu werten.

Nichts hätte jedoch verhindert, bereits in dieser Legislaturperiode die genannten Akzente zu setzen, nichts auch hätte verhindert, vor allem im Rahmen des Konjunkturprogrammes diesbezüglich weitaus aktiver zu werden. Woran scheiterte dies?

- **Ökologie und Wirtschaft enger miteinander verbinden**

Der Mouvement Ecologique stellt mit Genugtuung fest, dass zumindest in der Theorie alle Parteien der Meinung sind, ökologische und ökonomische Belange müssten gemeinsam angegangen werden. So z.B. setzen sich alle Parteien dafür ein, dass der Staat **eine proaktive Rolle in der umwelt- und schonenden Beschaffung** übernehmen sowie **zukunftsweisende Dienstleistungen** unterstützen müsste (z.B. Car-Sharing, Mitfahrzentralen, Energiesparcontracting).

Konsens besteht im Übrigen auch darin, dass Luxemburg als **Standort für Umwelttechnologien** konsequent fortentwickelt werden muss und **«green jobs»** in Luxemburg gezielt geschaffen werden müssten.

Doch auch hier stellt sich die Frage: Woran scheiterte die Umsetzung dieser Weichenstellungen bis dato?

- **(Endlich) Ausblick für Zukunftsdebatte für Luxemburg**

Recht spannend ist zudem die Zusage aller Parteien, in der nächsten Legislaturperiode müssten alle Mittel genutzt werden, um mittels Gesprächsrunden, Foren u.a. eine Debatte über die wesentlichen und zentralen Zukunftsfragen in die Wege zu leiten. Diese Debatte, ebenso wie eine weitaus offenere sachlichere Diskussionskultur drängen sich seit Jahren auf. Es ist bedauernd, dass sie nicht seit langem stattfand ... man darf gespannt sein, ob dann die Zusage nun wirklich umgesetzt wird.

- **Kontradiktorische Diskussion über Entwurf der sektoriellen Pläne und deren Umsetzung / Für eine Aufwertung des Konzeptes der Großregion**

Parteiübergreifender Konsens besteht ebenfalls, dass die **vier sektoriellen Pläne** (geschützte Landschaften, Mobilität, Aktivitätszonen, Wohnungsbau) **untereinander abgeglichen, kontradiktorisch diskutiert und zügig umgesetzt** werden sollen. Dies wäre bereits in dieser Legislaturperiode notwendig gewesen, aber immerhin ... die generelle Zusage für ein Vorwärtkommen in der nächsten Legislaturperiode ist positiv.

Ebenso wichtig ist es, dass alle Parteien dafür eintreten das Konzept der **Großregion** weitaus stärker als noch in der Vergangenheit mit Leben zu füllen und dass ein «grenzüberschreitender Aktionsplan Mobilität» erstellt werden muss.

- **Positive Einstellung zu Regionalplänen und kommunalen / regionalen Kooperationsstrukturen**

Alle Parteien sprechen sich einerseits für die Erarbeitung von praxisorientierten Regionalplänen und andererseits von Kooperationsstrukturen aus.
Die Frage sei aber auch hier erlaubt: woran scheiterten diese Ideen bis dato?

- **Ja zu einem nationalen Aktionsplan Denkmalschutz**

Nachdem seit Jahren an einer Reform des Denkmalschutzgesetzes gearbeitet wird, dies mit recht bescheidenem Erfolg, und die Strukturen nicht wirklich reformiert wurden, besteht nun ein parteiübergreifender Konsens, dass ein nationaler Aktionsplan erstellt werden muss (Bestandsaufnahme schützenswerter Elemente, Definition von Zielen, Prioritäten...). Wäre zu hoffen, dass nunmehr wirklich endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden...!

- **Aktionsplan «neue Wohnformen» erstellen**

Die gleiche Anmerkung gilt betreffend ein Aktionsplan „neue Wohnformen“ (d.h. Flächen sparende Bauweisen, Wohnen im Alter ...). Alle Parteien sind nun nach Jahren einer gewissen Inaktivität dafür, d.h. in der nächsten Legislaturperiode müsste diese Idee dann endlich umgesetzt werden...

... und äußerst bemerkenswerten Paradigmenwechseln

Besonders spannend sind jedoch eine Reihe von «neueren» Zusagen, die im Rahmen der Umfrage gemacht wurden, und welche vielleicht etwas weniger erwartet werden konnten ... und z.T. einem regelrechten Paradigmenwechsel gleichkommen.

- **Lissabon-Strategie überarbeiten!**

Spektakulär ist jedenfalls, dass alle Parteien für eine Überarbeitung der Lissabon-Strategie eintreten. Nachdem sich der Mouvement Ecologique und andere Organisationen seit Jahren erfolglos dafür eingesetzt haben, die Lissabon-Strategie und den Plan für eine nachhaltige Entwicklung stärker aufeinander abzustimmen, findet diese These nun die Unterstützung aller (!) Parteien. Alle Parteien erachten deren Überarbeitung als sinnvoll, in dem Sinne, dass «sie kohärent zu den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung ist, u.a. was die Vereinbarkeit von Wachstum und nachhaltiger Entwicklung und eine Harmonisierung der Lissabon- und der Nachhaltigkeitsindikatoren betrifft.

- **Ja zu einem Nachhaltigkeitscheck für Politikentscheidungen!**

Bedeutungsvoll ist aber auch, dass mit Ausnahme des ADR alle Parteien dafür eintreten, dass jede politische Entscheidung im Regierungsrat sowie der Abgeordnetenkommission im Vorfeld

obligatorisch auf ihre Nachhaltigkeitskonformität untersucht werden muss («Nachhaltigkeitsprüfung / Nachhaltigkeitscheck»).

Würde dies tatsächlich umgesetzt, so wäre ein äußerst wichtiger Qualitätssprung in der Konkretisierung der Nachhaltigkeitsaspekte erreicht, da nun nicht mehr (nur) kurzfristige Interessen sondern langfristige Auswirkungen als Kriterium gelten würden.

Der Mouvement Ecologique wird u.a. mit Nachdruck auf der Umsetzung dieser Zusage beharren.

- **Anerkennung für eine verstärkte Arbeit von Nicht-Regierungsorganisationen auf EU-Ebene**

Ein Novum ist zudem die Zusage aller Parteien zu einer Konvention zwischen Staat und Umweltorganisationen, damit die Organisationen eine finanzielle und personelle Unterstützung erhalten, um EU-Themen verstärkt aufgreifen zu können.

Damit wäre ein Meilenstein in der EU-Politik für Luxemburger Verhältnisse erreicht, würde es doch endlich den Umweltorganisationen erlauben sich auf EU-Ebene zu engagieren, was derzeit nicht im gewünschten Ausmass möglich ist, denn EU-Engagement auf ehrenamtlicher Ebene ist nur äußerst begrenzt machbar.

- **Nachhaltiger Konsum: Endlich ein Aktionsplan für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen!**

Absolut neu ist auch, dass sich zumindest in der Theorie das Bewusstsein geschärft zu haben scheint, dass ein Aktionsplan für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie nicht luxemburgisch sprechende MitbürgerInnen erstellt werden muss. Diese werden in der Tat derzeit von zahlreichen Projekten im Bereich nachhaltige Entwicklung nicht erfasst, hier drängen sich neue Initiativen auf. Es ist äußerst bedauernswert, dass nicht bereits im Rahmen des Konjunkturprogrammes ein derartiger Aktionsplan vorgesehen wurde.

Umso bedeutungsvoller ist, dass nunmehr alle Parteien dahinter stehen, und dieser umgesetzt werden soll.

- **Schritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Landwirtschaft**

Beeindruckend sind die Aussagen auf der Ebene der Landwirtschaft. Dass alle Parteien einen nationalen Aktionsplan «**Fortentwicklung der Luxemburger Landwirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung**» sowie eine «**Analyse Umweltqualitätsziele in der Landwirtschaft**» unterstützen ist bemerkenswert! Ebenso, dass alle Parteien (!) für eine sogenannte **Landschaftspflegeprämie (+)** eintreten, d.h. die Idee unterstützen, dass Landwirte welche besondere Leistungen im landwirtschaftlichen Bereich durchführen, auch entsprechend stärker unterstützt werden müssen. Positiv ist zudem, dass sich die Parteien zur Umsetzung des **nationalen Aktionsplanes Biolandbau** bekennen.

Befremdend ist jedoch, dass die LSAP der Idee einer **Verstärkung der Dienste der Landwirtschaft im Naturschutzbereich** nicht zustimmt, positiv ist jedoch nach Ansicht des

Mouvement Ecologique, dass diese Forderung von allen anderen Parteien getragen wird (keine Aussage des ADR).

- **Endlich ein Konsens für die Schaffung eines Regionalfonds**

Mit äußerster Zufriedenheit stellt der Mouvement Ecologique ebenfalls fest, dass alle Parteien sich mittlerweile für die Schaffung eines Regionalfonds aussprechen und dafür eintreten, generell die Finanzmittel des Staates verstärkt in regionale Initiativen zu investieren. Dies war noch vor Monaten nicht der Fall. Zu hoffen ist, dass diese sehr wichtige Wahlzusage wirklich umgesetzt wird!

...sowie bemerkenswerten Differenzen in den Aussagen

Recht aufschlussreich sind aber auch Unterschiede in den Aussagen zwischen den verschiedenen Parteien:

- **Nachhaltige Entwicklung: weiterhin ein umstrittener Begriff**

Positiv ist, dass die Mehrzahl der Parteien hinter dem Begriff der sogenannten «starken Nachhaltigkeit» steht und diesen im neuen Koalitionsvertrag verankern möchte. Befremdend ist aber, dass die ADR sich bei dieser Fragestellung enthält und sich auch die LSAP nicht damit identifizieren kann, stellt letztere doch seit Jahren den Umweltminister. Argument der LSAP: die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte sollten gleichwertig behandelt werden. Dabei gründen die Folgerungen der Rio-Konferenz von 1992 aber auch zahlreiche spätere Analysen zur nachhaltigen Entwicklung darauf, dass ohne Respekt der natürlichen Grenzen des Planeten auch ökonomisches Handeln nicht mehr möglich ist, insofern müsste ökologischen Aspekten in diesem Sinne eine gewisse Vorrangstellung eingeräumt werden muss.

Keine Aussagen der aktuellen Mehrheitsparteien im Hinblick auf Reformen auf Verwaltungsebene

CSV und LSAP gaben an, sich zum jetzigen Zeitpunkt vor den Wahlen nicht zu Regierungsumbildungen äußern zu wollen. Drei Fragen im Fragebogen zu diesem Themenbereich im weitesten Sinne bezogen sich jedoch nicht direkt auf eine spezifische Regierungsumbildung, sondern auf Reformen auf Verwaltungsebene, die de facto unabhängig von einer Regierungsorganisation erfolgen sollten.

* Die Frage, ob eine **Abteilung «Umwelt und Landwirtschaft»** innerhalb des Landwirtschaftsministeriums geschaffen werden sollte, bejahten lediglich die ADR sowie Déi Lénk. CSV, DP und LSAP sprachen sich dagegen aus, ebenso wie «Déi Gréng», dies mit der Anmerkung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sollten zusammengeschlagen werden.

* Aus der Sicht des Mouvement Ecologique bedenklich sind die Antworten auf die Frage, ob eine **Reform der Umwelt- sowie der Forstverwaltung** durchgeführt werden soll. Diese sind nach Ansicht des Mouvement Ecologique unerlässlich, da beide Verwaltungen nicht mehr zeitgemäß organisiert sind und ihre Aufgaben nur begrenzt wahrnehmen können. ADR und

CSV sprachen sich dagegen aus, Déi Gréng, Déi Lénk, DP und LSAP aber unterstützen die Forderung.

* Spannend ist zudem, dass alle Parteien – außer der CSV – ein **Audit des Innenministeriums** unterstützen ...

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique bedarf eine kohärente Politik darüber hinaus auch entsprechender Strukturen auf Regierungsebene. Insofern sind nach Ansicht des Mouvement Ecologique Reorganisationen auf der Ebene der Ministerien / Verwaltungen von zentraler Bedeutung. Es ist deshalb bedauernd, dass sowohl die LSAP als auch die CSV keine Aussagen machen wollten, wie ihrer Meinung nach die Regierung optimal organisiert werden könnte. Dies mit dem Verweis, dies wäre Aufgabe der nächsten Koalition, es sei nicht sinnvoll, im Vorfeld der Wahlen bereits eindeutige Aussagen in diesem Bereich zu treffen. Der Mouvement Ecologique bleibt aber dabei, dass folgende Reformen sinnvoll wären

- Schaffung eines Zukunftsministeriums «Nachhaltige Entwicklung, Klima, Energie und Umwelt): diese Idee findet die Zustimmung von ADR, Déi Gréng, Déi Lénk, jedoch nicht der DP.

- Schaffung eines (Planungs-)Ministeriums für Landesplanung und Mobilität: diese Vorstellung findet die Zustimmung von ADR, Déi Gréng, Déi Lénk, jedoch nicht der DP.

- Schaffung eines «Ministère de l'Intérieur, du Logement, de l'urbanisme et du développement communal»: ADR, Déi Gréng, Déi Lénk tragen diesen Vorschlag, jedoch nicht die DP.

- **Weiterhin kein Konsens betreffend eine nachhaltige Steuerreform**

Äußerst bedauernd erachtet der Mouvement Ecologique die Aussagen betreffend eine nachhaltige Steuerreform, welche zum Ziel hat, den Faktor Arbeit zu entlasten und den Umweltverbrauch zu verteuern und die Aufkommensneutralität zu gewährleisten. Déi Lénk wollten nicht Stellung beziehen, da für sie u.a. der Begriff «Faktor Arbeit entlasten» zu schubladenartig sei. Die LSAP äußert keine Meinung, da sie keine weitere Belastung sozial benachteiligter Bevölkerungsgruppen wünsche... und die CSV enthielt sich ebenfalls mit der Anmerkung «wir werden in den nächsten 3 Jahren keine Steuersenkung vornehmen»....

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique bleibt eine nachhaltige Steuerreform jedoch eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung, entsprechend erwartet er auch von der LSAP und der CSV, dass die aufgeworfenen Fragestellungen seitens dieser Parteien offensiv angegangen und ausgetragen werden.

- **Warum spricht sich die LSAP gegen ein Klimaschutzgesetz aus?**

Wesentliche Forderung zahlreicher ONGs auf internationaler Ebene ist jene nach der Verabschiedung eines Klimaschutzgesetzes, um dem Klimaschutz endlich einen verbindlichen Rahmen zu geben. Alle Parteien unterstützen dieses Konzept ... mit Ausnahme der LSAP.

- **Unklare Haltung der CSV betreffend Atomkraft**

Befremdend sind aber auch die Aussagen der CSV betreffend die Atomkraft. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien verneinten sie die Fragestellung ob sie gegen den Ausbau der Atomkraft seien (mittels u.a. einer Reform des Euratomvertrages) sowie indem der Import von

Atomstrom soweit wie möglich mit reduziert wird. Stellt sich die Frage warum ... und welches nun die eigentliche Stellung der CSV zur Atomkraft ist ...? Gibt sie den Konsens «Nein zur Atomkraft» in der Luxemburger Gesellschaft auf?

- **Begrenztes Ja zum «congé associatif»**

Eine langjährige Forderung so mancher Organisation ist vor allem, dass der sogenannte «congé associatif» ausgebaut werden soll. D.h. Verantwortliche von Nicht-Regierungsorganisationen sollen für spezifische Aufgaben auf nationaler Ebene eine klar definierte und begrenzte Freistellung von ihrer beruflichen Arbeit erhalten können, damit sie z.B. an offiziellen Sitzungen teilnehmen können. Diese Forderung ist nach Ansicht zahlreicher Organisationen eine Voraussetzung, damit überhaupt gesellschaftliches ehrenamtliches Engagement auch in Zukunft möglich bleibt. Alle Parteien unterstützen die Einführung des «congé associatif», mit Ausnahme der CSV.

- **Bildung für nachhaltige Entwicklung: bedingtes Ja**

Dissens innerhalb der Parteien besteht ebenfalls, ob eine Strategie der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung erfolgen soll, dies mittels einer Integration in die Schulprogramme bzw. die Weiterbildung von Erwachsenen. Mit Ausnahme der DP unterstützen jedoch alle Parteien diese Forderung; die DP möchte diese Vorgehensweise der Initiative in den einzelnen Schulen überlassen.

- **Ja zu landesweiten Naturschutzsyndikaten- mit Ausnahme der CSV**

Zahlreiche, aber leider nicht alle Gemeinden, sind in einem Naturschutzsyndikat vertreten. Der Mouvement Ecologique erachtet derartige Syndikate aus naturschutzfachlichen aber auch aus finanziellen Gründen als äußerst wichtig, auch das Umweltministerium unterstützt derartige Gründungen. Unverständlich ist deshalb für den Mouvement Ecologique, dass die CSV als einzige Partei die Forderung nach landesweiten Naturschutzsyndikaten nicht teilt.

- **CSV und ADR im Spannungsfeld der Flurbereinigung**

Das derzeitige Gesetz zur Flurbereinigung ist innerhalb der Umweltbewegungen sehr umstritten, dies aus demokratischer und naturschutzfachlicher Sicht. Déi Gréng, Déi Lénk, DP und LSAP unterstützen deshalb die Forderung nach einer Reform des heutigen Gesetzes und eines Moratoriums von weiteren Projekten bis zur Umsetzung dieser Reform: nicht aber das ADR und die CSV.

- **Umsetzung der Aarhus-Konvention: nur bedingt mit der DP**

Die internationale Aarhus-Konvention schreibt vor / regt an, dass in jedem Ministerium / Verwaltung ein zuständiger Beamter für die Umsetzung der Konvention (die dem Bürger verstärkte Informationsrechte gewährt) verantwortlich steht bzw. Verwaltungen mittels Rundschreiben über ihre Pflichten informiert werden. Diese Forderung wird von allen Parteien, mit Ausnahme der DP, unterstützt.

Eine hochaktuelle Frage: Welche Prioritäten im Bereich der Mobilität?

Resultate der Umfrage des Mouvement Ecologique bei den politischen Parteien

Allgemeine Absichtserklärungen finden die Zustimmung aller Parteien:

- So die Forderung nach einem modal split von 30% zu Gunsten des öffentlichen Transportes und 70% Individualverkehr. Bemerkenswert ist, dass bis dato nur von einem modal split von 25%-75% gesprochen wird, nunmehr äussern sich die Parteien aber eindeutig positiv zu einem günstigeren modal split im Sinne des öffentlichen Transportes!

- Auch die Aufwertung des Verkehrsverbundes sowie der Mobilitätszentrale wird von allen Parteien als Notwendigkeit erachtet.

- Befremdend ist jedoch, dass die Umsetzung des Aktionsplanes sanfte Mobilität im Mobilitätsministerium nicht die Unterstützung der CSV findet (Enthaltung), mit dem Vermerk, die Organisation der Ministerien könne nicht vorweg genommen werden.

Mit Befremden nimmt der Mouvement Ecologique jedoch die Aussagen betreffend die Prioritätensetzung zur Kenntniss:

- Die CSV und die DP treten nicht für ein Moratorium in Bezug auf eine detaillierte Planung / den Bau weiterer größerer Straßenbauprojekte sowie eine klare Prioritätensetzung in Richtung öffentlichen Transport ein!

- Auch die Frage, ob eine kurzfristige Umsetzung zentraler Infrastrukturprojekte (Ausbau Strecke Bettemburg-Luxemburg, moderne Stadtbahn in Luxemburg, Peripherbahnhof Howald und Cessingen, Bau des Train-Tram im Süden, Umbau des Bahnhofs Luxemburgs) und die damit verbundene zur Verfügungstellung der Finanzmittel gesichert ist, wird nicht positiv von der CSV beantwortet (Enthaltung, die ADR ist dagegen, da sie das Tramprojekt in dieser Form in Frage stellt).

Eindeutige Aussage der CSV in Sachen Baubeginn der Stadtbahn gefordert!

Diese beiden angeführten Umfrageresultate gewinnen an Bedeutung angesichts einer rezenten Äusserung von Finanzminister L. Frieden. Dieser hatte in einem Fernsehinterview sinngemäss erklärt, die Aussagen im Wahlprogramm der Parteien müssten auf ihre Finanzierbarkeit hin überprüft werden. Als einziges (!) Fallbeispiel führte er in diesem Zusammenhang die moderne Stadtbahn an!

Hatte man noch geglaubt, dies wäre ein „Ausrutscher“ des Finanzministers gewesen, so wurde man tags darauf eines Besseren belehrt:

In einem Rundtischgespräch des Mouvement Ecologique mit den Präsidenten der politischen Parteien

(am Dienstag dieser Woche) verschärfte Parteipräsident F. Biltgen die Aussagen von L. Frieden sogar noch, zumindest aus der Sicht zahlreicher Anwesender. Dies indem er auf Nachfrage hin angab, dass für die CSV der Ausbau der Strecke Bettemburg-Luxemburg-Stadt sowie der Peripherbahnhöfe Priorität genieße vor dem Bau der Stadtbahn, die erst „danach“ in Angriff genommen werden könnte.

Auf die mehrfache Rückfrage, ob die moderne Stadtbahn nicht gleichzeitig zur Strecke Bettemburg-Luxemburg bzw. den Peripherbahnhöfen angegangen werden müsste, verneinte der CSV-Präsident dies zum allgemeinen Unverständnis erneut, dies mit ausdrücklichem Hinweis auf das CSV-Wahlprogramm. Tatsache ist jedoch, dass das Wahlprogramm der CSV mit keinem Wort eine solche (im Übrigen völlig absurde) „Rangfolge“ erwähnt und somit auch keine Verschiebung des Baubeginns der modernen Stadtbahn...

Der Mouvement Ecologique nimmt die Aussagen des CSV-Präsidenten mit völligem Unverständnis und äußerstem Befremden zur Kenntnis. Spielt die CSV hier ein Doppelspiel?

Es kann und darf nicht sein, dass z.B. ein Bautenminister die Stadtbahn als integralen Bestandteil einer Gesamtplanung ansieht, hinter den Kulissen der CSV sich aber scheinbar (erneut) Strömungen dagegen aufbauen.

Es kann auch nicht sein, dass der Premierminister sich u.a. in der Rede zur Lage der Nation von 2008 (im Namen der beiden Regierungsparteien) ein eindeutiges Plaidoyer für die Stadtbahn abgibt, die dann aber Monate darauf nicht mehr gültig sein soll: Zitat aus der Erklärung von 2008: „*De Mobilitéitspuzzel wier net komplett ouni den Tramm duerch d' Stad. Deen Tramm ass keen Zweck u sech. E soll d'Schinnen an d'Garen déi mer hunn an déi mer nach kréien ergänzen. D'Gare périphériques ouni den Tram maachen net all Sënn. Den Tramm ouni d'Gare périphériques mécht och keen.*“

Der Mouvement Ecologique erwartet von der CSV umgehend eine klare Aussage:

- **ob in einer Regierungskoalition mit CSV-Beteiligung die moderne Stadtbahn gleichzeitig zum Bau der Peripherbahnhöfe und dem Ausbau der Strecke Bettemburg-Luxemburg als Priorität zu Beginn der Legislaturperiode angegangen und gebaut wird oder nicht!**
- **und welche Prioritäten die CSV angesichts der Finanzkrise auf der Ebene der Mobilität setzt u.a. was die Gewichtung öffentlicher Transport / Straßenbau anbelangt.**

Umsetzung der Wahlversprechen sowie des Koalitionsvertrages: Für die Einführung eines nachvollziehbaren Gradmessers

Mit grosser Zufriedenheit stellt der Mouvement Ecologique fest, dass zahlreiche Anregungen seinerseits für die nächste Legislaturperiode auf breiten politischen Konsens stossen. Dies reicht von der Zusage, alle Entscheidungen der Regierung sowie der Abgeordnetenkammer auf ihre Konformität zu den Zielen der nachhaltigen Entwicklung hin zu überprüfen bis hin zur Förderung des präventiven Umweltschutzes.

Fakt ist aber, dass in der Vergangenheit so manches Wahlversprechen und so manche Aussage im Koalitionsabkommen nicht wirklich in die Praxis umgesetzt wurde. Dies war z.B. in der vergangenen Legislaturperiode (was den Nachhaltigkeitsbereich anbelangt) für eine Reihe von Versprechen der Fall: von der Reform der Umweltverwaltung bis hin zur Erstellung von Regionalplänen.

Als demokratieförderndes und als vertrauenerweckendes Element einer neuen Politikgestaltung erachtet der Mouvement Ecologique in diesem Zusammenhang das **Konzept des sogenannten «Obamameter», d.h. einer Wertungsskala der Umsetzung gemachter Politikversprechen.**

Die Idee stammt in der Tat aus Amerika. Dabei wurden alle Wahlversprechen von B. Obama – es sind deren 525 – in einer Liste erfasst (<http://www.politifact.com/truth-o-meter/promises/>). Kommentiert wird jeweils,

- deren Bedeutung
- inwiefern sie bereits umgesetzt sind bzw, in Umsetzung sind
- und ob sie ggf. nicht umgesetzt werden (siehe Anhang).

Der Mouvement Ecologique fordert mit Nachdruck, dass sich die Luxemburger Parteien hinter die Idee eines Luxemburger Evaluationsinstrumentes stellen und dieser unverzüglich nach der Erstellung des Koalitionsabkommens erstellt und fortgeführt wird.

Erfolgt dies nicht seitens der Regierung, wird der Mouvement Ecologique seinerseits eine entsprechende Darstellung im Bereich der nachhaltigen Entwicklung gewährleisten.

Anhang

The screenshot shows the Politifact website interface in a Mozilla Firefox browser window. The main heading is "The Obameter: Tracking Barack Obama's Campaign Promises". Below this, there's a section for "The Obameter Scorecard" with a progress bar and a quote from Barack Obama: "I want you to hold our government accountable. I want you to hold me accountable." — Barack Obama. Below the quote is another quote: "Okay, we will." — Politifact. The scorecard shows: Promise kept: 28, Compromise: 7, Promise Broken: 6, Stalled: 4, In the Works: 63, No Action: 46. To the right is an "Obama's To-Do List" with items like "Expand the Family Medical Leave Act to include leave for domestic violence or sexual assault" and "Expand the National Health Insurance Exchange". There are also sections for "Promises we've rated recently" and "How to contact us".

The Obameter: Tracking Obama's Campaign Promises

OBAMETER

"I want you to hold our government accountable. I want you to hold me accountable."
— Barack Obama

"Okay, we will." — Politifact

The Obameter Scorecard

- [Promise Kept](#) 28
- [Compromise](#) 7
- [Promise Broken](#) 6
- [Stalled](#) 4
- [In the Works](#) 63
- [No Action](#) 406

PolitiFact has compiled more than 500 promises that Barack Obama made during the campaign and is tracking their progress on our Obameter.

We rate their status as **No Action**, **In the Works** or **Stalled**. Once we find action is completed, we rate them **Promise Kept**, **Compromise** or **Promise Broken**.

The report card at right provides an up-to-the-minute tally of all the promises.

Other ways to browse the Obameter

- [All promises](#)
- [PolitiFact's Top 25 Promises](#)
- [By Subject](#)
 - [Economy](#)
 - [Energy](#)
 - [Military](#)
 - [Taxes](#)

 [Obameter update RSS feed](#)

Promises we've rated recently



No. 501: Sign the Freedom of Choice Act

The Promise:

"Throughout my career, I've been a consistent and strong supporter of reproductive justice, and have consistently had a 100% pro-choice rating with Planned Parenthood and NARAL Pro-Choice America. ... And I will continue to defend this right by passing the Freedom of Choice Act as president."

Update May 4th, 2009:

Freedom of Choice Act is far from passage

[>>More](#)

